



Perspektiven schaffen

Integration innereuropäischer Flüchtlinge
Seite 2



Gleich gewichten

Mehr Männer im Bremer Grundschulunterricht
Seite 3



Gesundheit schützen

Gesetz wird verlängert
Seite 4



Einblicke zeigen

Ausstellung über das Taxifahren in Bremen
Seite 4

Gute Arbeit? Fördern!

Wirtschaftsförderung soll sich rechnen – auch für die Beschäftigten

Gerade einmal drei Monate ist das Landesmindestlohngesetz in Kraft. Für die Handelskammer offenbar genug Zeit, um darin eine Bedrohung des Wirtschaftsstandortes Bremen zu sehen: Ein Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro gefährde die Bremische Wirtschaft und die Regelungen zum Landesmindestlohn seien lediglich ein »Klientelgesetz«, hieß es kürzlich aus dem Schütting.

„Ich frage mich, für welche Klientel eigentlich die Handelskammer glaubt, Politik machen zu müssen. Sollen wirklich Steuergelder in Unternehmen fließen, die ihren Beschäftigten nicht einmal 8,50 Euro zahlen?“, so der **SPD**-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. „Das Landesmindestlohngesetz ist keine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort, sondern es schützt im Gegenteil gerade die Unternehmen, die ihre Mitarbeiter fair bezahlen, vor Schmutzkonkurrenz, die mit Löhnen in den Markt drängt, von denen man nicht leben kann“, stellt Tschöpe klar. Für die rot-grüne Koalition bleibe es daher dabei, dass Geschäftsmodelle, die nicht genug abwerfen, um den Leuten 8,50 Euro in der Stunde zu zahlen, auch nicht mit Steuergeldern unterstützt wer-



Foto: Stefan Skiba

den sollen. Tschöpe: „Anders als die Handelskammer bin ich fest davon überzeugt, dass es ein Standortvorteil ist, wenn man mit öffentlichem Geld gute Arbeit und faire Bezahlung fördert, statt Armutslöhne zu subventionieren.“ Genau diesen Standortvorteil will die **SPD**-Fraktion nun mit einer weiteren politischen Initiative ausbauen: „Keine Frage, Bremer Unternehmen und solche die es werden wollen, sollen auch Profite machen. Das allein kann allerdings nicht die Grundlage für staatliche Unterstützung sein“, sagt Dieter Reinken.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der **SPD**-Fraktion macht klar, worum es geht: „Wenn wir künftig öffentliches Geld einsetzen, dann wollen wir vor allem diejenigen Firmen und Betriebe fördern, die sozialversicherungspflichtige, sichere Arbeitsplätze mit tariflich abgesicherter Bezahlung schaffen und keine Unternehmen unterstützen, die auf Dumpinglöhne oder in erster Linie auf Leiharbeit setzen.“ Und genau diese und weitere Kriterien »guter Arbeit« sollen – so sieht es ein entsprechender Antrag der **SPD**-Fraktion vor – künftig auch die Basis für die Wirtschaftsförderung in Bremen bilden: „Statt »Förderung mit der Gießkanne« zu betreiben, wollen wir insbesondere die Betriebe und Unternehmen unterstützen, die sich für faire Bezahlung, Gesundheitsschutz, eine qualifizierte Berufsausbildung und für die Integration arbeitssuchender Menschen engagieren“, betont Reinken. Der komplette Antrag vom findet sich online unter:

www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/initiativen



Björn Tschöpe

Kurzarbeit: Sonderregeln reaktivieren!

Vor allem ein arbeitsmarktpolitisches Maßnahmenpaket hat während der Finanz- und Wirtschaftskrise tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland vor einer Entlassungswelle geschützt: die damals auf Initiative des SPD-Bundesar-

beitsministers Olaf Scholz eingeführten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld. Anfang 2012 wurde dieses bewährte Instrument allerdings in wesentlichen Punkten zurückgenommen. Die Bremer SPD unterstützt jetzt die Forderung von Unternehmens-

verbänden und Gewerkschaften nach einer vorsorglichen Wiedereinführung der Sonderregelungen. Hintergrund: „Wenn die Wirtschaft stagniert oder bedroht ist, sollten wir vorbereitet sein, um schnell und ohne zeitaufwändige Gesetzgebungsverfahren

reagieren zu können. Gerade die Beschäftigten der exportorientierten Bremer Wirtschaft könnten durch die erweiterten Kurzarbeitsregeln im Fall der Fälle besser geschützt werden“, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Reinken.

„Stammtischparolen lösen keine Probleme“

SPD-Fraktion legt Maßnahmenkatalog für das Umfeld der George-Albrecht-Straße vor



Konzepte statt Parolen: Sükrü Senkal (l.), die Blumenthalerin Margitta Schmidtke (Mitte) und Klaus Möhle (r.) machen sich in einer Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion gemeinsam mit Reiner Holsten, Insa Peters-Rehwinkel, Max Liess und Valentina Tuchel für die George-Albrecht-Straße stark. Fotos: SPD-Fraktion

»Sozialer Brennpunkt« – seit langem schwebt dieser Begriff über der Gegend rund um die George-Albrecht-Straße in Blumenthal. Immer wieder geriet das Quartier in der Vergangenheit durch Kriminalität, aggressive Auseinandersetzungen und Überfälle in die Schlagzeilen. Schuldige, für die aus dem Ruder laufende Situation, waren – zumindest an den Stammtischen – schnell gefunden: Straftaten einzelner Jugendlicher wurden von manchen Protagonisten öffentlich ganzen Familien oder ethnischen Gruppen angelastet.

„Fakt ist: Die Vorfälle rund um die George-Albrecht-Straße erzeugen berechnete Ängste. Unreflektierte Stammtischparolen lösen allerdings keine Probleme“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Sükrü Senkal. „Wir müssen stattdessen konkret auf die Situation vor Ort reagieren.“ Genau das hat sich jetzt eine Arbeitsgruppe innerhalb der SPD-Fraktion gemeinsam mit Akteuren aus Blumenthal zum Ziel gesetzt – und ein duales Konzept gefordert:

„Auf der einen Seite muss sichergestellt werden, dass die Polizei in dem betroffenen Bereich konsequent und in Abstimmung mit der Justiz gegen Kriminalität und jugendliche Intensivtäter vorgeht. Auf der anderen Seite müssen wir aber vor allem die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessern“, fordert die Blumenthaler SPD-Abgeordnete Margitta Schmidtke. „Wenn es

Schuldige für die Probleme gibt, dann sind das die soziale Ausgrenzung, die Perspektivlosigkeit und die Benachteiligung vieler Menschen die dort leben“, betont auch der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle.

An diesem Punkt soll jetzt unter anderem ein Quartiersmanagement ansetzen: Untergebracht in einem neuen Anlauf- und Beratungszentrum für die Bewohnerinnen und Bewohner könnten hier die Fäden für alle sozialen Maßnahmen zusammenlaufen. Außerdem gehe es darum, Perspektiven zu schaffen – unter anderem durch spezifische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsmaßnahmen, aber auch durch eine Stabilisierung des oft unsicheren Aufenthaltsstatus vieler der dort lebenden Menschen. Darüber hinaus soll für das Quartier ein konkretes, auch finanziell entsprechend ausgestattetes Förderprogramm aufgelegt werden, das zudem durch städtebauliche Maßnahmen und die Beseitigung von sogenannten Angsträumen flankiert wird. „Kriminalität entsteht nicht zufällig, sondern oft aus Perspektivlosigkeit. Deshalb geht es neben polizeilichen Maßnahmen auch darum, den Menschen überhaupt erst einmal Chancen einzuräumen, ihre eigenen Lebensumstände zu verbessern“, betont Sükrü Senkal.

Der komplette Antragstext findet sich online unter www.spdfraktion-bremen.de/aktuelles/initiativen

Für ein weltoffenes Bremen!

In den vergangenen Monaten stieg die Zuwanderungszahl von Sinti und Roma aus den osteuropäischen Staaten – und dem CDU-Bundesinnenminister kommt beinahe reflexartig vor allem eines in den Sinn: er unterstellt den Flüchtlingen kollektiven Asylmissbrauch.

„Dabei ist hinreichend bekannt, unter welchen Bedingungen Sinti, Roma, Ashkali und andere Bevölkerungsgruppen in ihren Heimatländern leben müssen“, kritisiert die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel. „Hilfsorganisationen berichten insbesondere aus verschiedenen Balkanländern regelmäßig von massiven Menschenrechtsverstößen gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen, denen in ihren Heimatländern oft sogar der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen verwehrt wird.“ Auch gewalttätige Übergriffe seien dabei keine Seltenheit. „Die einzige Reaktion des Bundesinnenministers auf diese Zustände ist eine Debatte über die Verschärfung der Einreisebestimmungen, wodurch die Betroffenen ein weiteres Mal ausgegrenzt werden“, kritisiert Tuchel. Aber auch in Bremen gibt es Ressentiments gegen Sinti und Roma, wie etwa die Debatte um die George-Albrecht-Straße zeigt: „Holt die Wäsche rein, die Zigeuner kommen“, hieß es früher. Und auch heute noch wird die Verantwortung für soziale Konflikte und Kriminalität stereotyp auf die hier lebenden Sinti und Roma abgewälzt – obwohl es dafür keine Anhaltspunkte gibt“, sagt Tuchel. Sie stützt sich dabei auch auf die Aussagen der Polizei, die den in Blumenthal lebenden Sinti- und Romafamilien im Gegenteil eine „hohe Kooperationsbereitschaft“ und keine signifikante Rolle, was etwa Gewalt und Kriminalität angeht, zuschreibt. Durch keinerlei Gesetze gedeckte Forderungen, ganze Familien abzuschieben, weil einzelne Familienangehörige straffällig geworden sind, seien daher „vor allem ein gefährlicher Populismus mit ausländerfeindlicher Tendenz“.

Mit einem von der SPD auf den Weg gebrachten Entschließungsantrag der Bremischen Bürgerschaft soll die Diskussion nun versachlicht und zurück auf den Boden der Tatsachen geholt werden: „Uns geht es darum, ein klares Signal gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma zu setzen – und gleichzeitig eine umfassende europäische Strategie gegen die soziale Ausgrenzung und für die Integration der Betroffenen zu fordern.“ Dazu gehöre auch, Stadtteile mit hohen Zuzügen an Zuwanderern noch deutlicher mit entsprechenden Integrations- und Hilfsangeboten auszustatten. „Denn zumindest in einem Punkt hat der Bundesinnenminister Recht“, sagt Tuchel. „Wir müssen auf die ansteigende Zahl innereuropäischer Flüchtlinge reagieren – aber nicht in dem wir sie durch verschärfte Einreisebedingungen abweisen, sondern indem wir Perspektiven für sie schaffen.“



Mit einer entsprechenden Initiative will die SPD-Fraktion den Anteil der männlichen Lehrkräfte in den Grundschulen erhöhen. Foto: Stefan Skiba / Ganztagsgrundschule „Auf den Heuen“

Mehr Männer sollen (Grund)-Schule machen!

SPD-Fraktion setzt sich für eine Erhöhung des Lehrer-Anteils ein

„Würden die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft das Kollegium einer durchschnittlichen Bremer Grundschule bilden, säßen hier gerade einmal acht Männer unter 75 Frauen vor mir“, mit diesem Vergleich machte der SPD-Abgeordnete Aydin Gürlevik im Landtag auf die Situation in Bremens Grundschulen aufmerksam. Und genau diese Situation soll sich verändern. Gürlevik: „Egal, wen ich bislang gefragt habe – von Gewerkschaftern, über Lehrende und Eltern bis hin zu den Schülerinnen und Schülern: Alle bestätigen, wie wichtig es ist, dass neben den Lehrerinnen auch mehr Lehrer an den Grundschulen unterrichten.“ Die Realität sieht bislang allerdings anders aus: „In Bremen gibt es allein 16 Grundschulen, an denen nicht eine einzige männliche Lehrkraft unterrichtet. Dabei sollte Vielfalt – und zwar auch die der Geschlechter – in einer heterogenen Gesellschaft zur



Aydin Gürlevik: „Vielfalt – auch die der Geschlechter – sollte Normalität sein.“

Normalität gehören.“ Gerade durch den Mangel an männlichen Lehrkräften werde aber schon den Schülern vermittelt: „Grundschullehrer? Das ist kein Beruf für Männer.“ Gürlevik: „Schon allein, damit sich bei Schülern derart merkwürdige Bilder von Männlichkeit gar nicht erst entwickeln, brauchen wir auch in der Primarstufe mehr Lehrer.“ Gemeinsam mit der SPD-Fraktion fordert er daher jetzt entsprechende Rahmenbedingungen ein: „Dazu gehört auch, beispielsweise mit Imagekampagnen für das Grundschullehrerstudium zu werben.“ Die Zielrichtung der SPD-Fraktion ist dabei eindeutig: „Wir wollen mehr Männer in den Grundschulen, genauso wie wir mehr Frauen in den Chefetagen wollen“, betont Gürlevik.

Initiative für kostenlose Verbindung ins Internet

Freies WLAN für die Freie Hansestadt!

Die Hauptstadt macht es vor: Bereits seit Oktober ist in Berlin – zunächst an viel besuchten Plätzen – ein kostenloser Zugang ins Internet über freie WLAN-Netze möglich. Nun soll diese Idee auf Initiative der SPD-Fraktion auch in Bremen aufgenommen werden: „Wenn Institutionen, Vereine oder auch Unternehmen ihre WLAN-Netzwerke öffnen und so einen kostenlosen Internetzugang ermöglichen, ist das auch ein Beitrag, die digitale Spaltung zu überwinden. Denn gerade finanziell schlechter gestellte Menschen können sich oft keinen Zugang zum Internet leisten“, so Rainer Hamann.

Zudem erwartet der für Netzpolitik zuständige Experte der SPD-Fraktion durch ein entsprechendes Angebot auch positive Impulse für den Tourismus und andere Branchen. Mittlerweile kam auch aus dem Senat Unterstützung für Hamanns Initiative: Bremen hat im Bundesrat einen entsprechenden Entschließungsantrag der Länder Berlin und Hamburg zugestimmt. Ziel des Antrags: Auf Bundesebene soll geprüft werden, wie das Potenzial vorhandener WLAN-Netze nutzbar gemacht werden kann. Dabei sollen auch offene rechtliche Fragen geklärt werden, wie etwa die der sogenannten »Störerhaftung« im Falle illegaler Downloads über das Gratis-Netz. „Bisher sind die Gerichte in derartigen Fällen zu sehr unterschiedlichen Entscheidungen gekommen. Jetzt muss mit klaren Regelungen Rechtssicherheit für die Betreiber geschaffen werden“, so Hamann. Seine Hoffnung: „Vielleicht dauert es etwas länger als in Berlin – aber ich hoffe, auch bei uns an der Weser werden wir bald und möglichst flächendeckend kostenlose WLAN-Netze nutzen können.“ Denn netzaffin seien die Bürgerinnen und Bürger der Wesermetropole allemal: „Was die Internetnutzung angeht, steht Bremen unter den deutschen Großstädten immer wieder an der Spitze der Tabelle.“



Rainer Hamann plädiert für einen kostenlosen Internetzugang.

Nichtraucherschutz geht in die Verlängerung

2007 wurde das Bremische Nicht-raucherschutzgesetz mit einer Gültigkeit von fünf Jahren in Kraft gesetzt – mit einem entsprechenden Landtagsbeschluss wurde die Regelung nun um zunächst sechs Monate bis Mitte 2013 verlängert. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, um sinnvolle Änderungen und Ergänzungen zu prüfen. „Fakt ist: Das Gesetz, das bei seiner Einführung hohe Wellen geschlagen hat, ist heute weitgehend akzeptiert“, betont Winfried Brumma. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion macht dabei noch einmal die Zielsetzung der Regelungen deutlich: „Uns ging und geht es um einen nachhaltigen, langfristigen Gesundheitsschutz – nicht aber um Regelungen zur Raucherbekämpfung.“

Nun gehe es darum, die Bestimmun-

gen zu überprüfen – und zwar mit Augenmaß. „Wir sehen beispielsweise Änderungsbedarf, was das Rauchen in Spielhallen angeht. Zudem wollen wir prüfen, ob die gegenwärtigen Regelungen zum Verzehr von kleinen Speisen in Raucher-kneipen, tatsächlich sinnvoll sind. Denn warum eine Zigarette zum Bier erlaubt, eine Zigarette zur Boulette allerdings verboten ist, lässt sich mit Gesundheitsschutz nicht wirklich erklären“, betont Brumma. Überprüft werden soll zudem ein Rauchverbot auf Spielplätzen. „Bislang ist allerdings unklar, ob wir überhaupt die Gesetzgebungskompetenz haben, um ein entsprechendes Verbot für den öffentlichen Raum – denn das sind Spielplätze – zu erlassen. Das muss zunächst geklärt werden“, sagt Brumma.



Die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Ulrike Hiller moderierte den Diskussionsabend mit Muhammed Faris (r.).

Rückblick

Syrien: Informationen aus erster Hand

Mehr als 70 Interessierte aus ganz Norddeutschland kamen, um einen Einblick in die Lage in Syrien zu erhalten. Der ehemalige syrische Kosmonaut und General Muhammed Faris – erst im August desertiert und in die Türkei geflohen – berichtete Mitte November auf Einladung der SPD-Fraktion von seinen Eindrücken aus den Wirren des Bürgerkriegs. Gewalt und Willkür seien in

seinem Heimatland an der Tagesordnung, auch wenn die Opposition zunehmend die Oberhand gewinne. „Ein friedliches Syrien mit Assad wird es nicht mehr geben“, so sein Fazit. Der Weg bis zu einer Befriedung der Situation werde hart und entbehrungsreich sein. Faris: „Insbesondere von der internationalen Staatengemeinschaft erhoffen wir uns dabei mehr Unterstützung.“



Einblick

Frisches Aussehen – mehr Inhalt

Neue Internetseite startet Mitte Januar

Die SPD-Fraktion startet mit einem neuen Internetauftritt ins Jahr 2013. Das Ziel dabei: Wir wollen noch transparenter machen, welche Themen gerade in der Fraktion diskutiert werden, welche Initiativen wir auf den Weg gebracht haben, welche Schwerpunkte wir setzen – und vor allem: Wir wollen mit den Nutzern unseres Internetangebots noch mehr ins Gespräch kommen. Neben Informationen über die Arbeit der Fraktion, die politischen Themenfelder und die Abgeordneten, soll dabei auch ein besserer Einblick in aktuelle politische Entscheidungsprozesse möglich werden. All das in neuem, frischem Design, das gleichzeitig ein schnelles Auffinden aller Informationen garantiert, wird ab Mitte Januar auf dem Portal der SPD-Fraktion unter www.spd-fraktion-bremen.de zu finden sein. Es lohnt sich also, einmal genauer »hinzuklicken«.



Screenshot: Gruppe für Gestaltung

„Halteplätze“ – noch bis Ende März 2013

Wie fühlt es sich an, mitten in der Nacht mit fremden Menschen unterwegs zu sein, welche Gespräche entwickeln sich und wie wirkt die Stadt durch die Windschutzscheibe gesehen? Fünf Monate war der Künstler und Grafiker Stefan Skiba jedes Wochenende als Taxifahrer in ganz Bremen unterwegs. In Bildern und Texten beschreibt er auf phantasievolle, manchmal fordernde oder originelle

und gelegentlich auch abgründige Art, den Alltag hinter dem Lenkrad. Die **Ausstellung „Halteplätze“** kann in den Räumen der SPD-Fraktion · Wachtstraße 27/29 · 28195 Bremen **montags – donnerstags: 9 bis 17 Uhr** sowie **freitags: 9 bis 13 Uhr** besichtigt werden. Weitere Informationen: <http://www.ausstellung.skiba.de>

Ausblick

Darf die Urne auf den Kaminsims?

Bei aller Individualität von Bestattungen – bislang sind die Grenzen klar geregelt. Urnen mit der Asche des Verstorbenen auf den eigenen Kaminsims stellen oder gar unter dem Lieblingsbaum ausstreuen – das ist durch den im Bestattungsgesetz vorgeschriebenen Friedhofszwang nicht erlaubt. Ist diese Bestimmung noch zeitgemäß? Gegner des Friedhofszwangs sehen darin eine Missachtung der Wünsche von Verstor-

benen, während die Befürworter einen Verlust von Pietät und Störungen der Totenruhe befürchten. Das Für und Wider in Sachen Friedhofszwang wollen wir jetzt bei einem Diskussionsabend gemeinsam mit Vertretern verschiedener Religionen und Bestattern beleuchten. **Mittwoch, 9. Januar 2013, 19.00 Uhr** Haus der Bürgerschaft, Raum 416 / Am Markt 20, 28195 Bremen

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70
Fax: 0421 32 11 20

www.spd-fraktion-bremen.de
E-Mail: spd-fraktion@spd-bremen.de
V.i.S.d.P.: André Städler

Redaktion
Matthias Koch

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG